

Shaffer, E. N.

Article — Digitized Version

Staatssozialismus als Indiens wirtschaftliches Leitmotiv

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Shaffer, E. N. (1955) : Staatssozialismus als Indiens wirtschaftliches Leitmotiv, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 35, Iss. 6, pp. 319-320

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132098>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Außenpolitik und Außenhandel spielen bei den Bemühungen, eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, eine große Rolle. Man wagt in London kaum, auf eine wirklich erfolgreiche Viererkonferenz zu hoffen und glaubt eher, durch geduldige Kleinarbeit langsam zum Ziel einer internationalen Entspannung gelangen zu können. Der Ausfuhrhandel wird seine Vorrangstellung im englischen Wirtschaftsleben in vollem Umfang behaupten. Die konservative Regierung glaubt, daß sich die Zahlungsbilanz leichter unter expansiven Handelsbedingungen ausgleichen läßt, wobei aber viel, besonders für die erwünschte Wiederherstellung der Sterling-Konvertibilität, von der Einstellung des Dollarraums abhängt. Die erhoffte Aktivierung der Zahlungsbilanz wird zu erhöhten Investitionen im Ausland, vor allem im Commonwealth, ausgenutzt werden.

Die Konservativen gehen an alle diese Probleme mit großem Vertrauen heran, nachdem sich ihre bisherige Wirtschafts- und Außenpolitik als erfolgreich erwiesen hat. Sie sehen große Möglichkeiten für neue Männer und neue Ideen und glauben mit Recht, daß ihnen das Mandat der Wählerschaft volle Autorität für eine kühne und weitschauende Politik gibt. (A.)

Die Note des Kreml mit der Einladung des Bundeskanzlers und anderer Regierungsmitglieder nach Moskau hat in der Weltpresse eine Beachtung erfahren wie nur wenige politische Ereignisse der letzten Jahre. Im Zusammenhang mit den anderen politischen Unternehmungen Moskaus in jüngster Zeit wird damit der Eindruck verstärkt, daß Moskau die Absicht hat, die Initiative des weltpolitischen Handelns an sich zu reißen. Und man muß zugeben, daß die westlichen Mächte nicht viel dazu getan haben, um ihre Initiativfreudigkeit unter Beweis zu stellen. Wenn wir auch wissen, daß es in einem autoritären Staatsregime immer leichter ist als in einer demokratischen Ordnung, durch überraschende Entschlüsse den Eindruck initiativen Handelns zu erwecken, so kann doch die übertriebene Zurückhaltung des Westens leicht dazu führen, daß ihm das Gesetz des Handelns, worauf es in der Politik so sehr ankommt, verloren geht. Man sollte im Westen vielleicht weniger zaghaft damit sein, auch einmal mit originellen Vorschlägen die Weltöffentlichkeit zu überraschen.

Die Gleichgültigkeit, mit der die Note von allen politischen Parteien der Bundesrepublik aufgenommen worden ist, hat in der Öffentlichkeit einen guten Eindruck hervorgerufen und die Hoffnung erweckt, daß ein gemeinsamer politischer Wille doch noch nicht ausgestorben ist.

Abgesehen von der im Eingang der Note gegebenen politischen Belehrung spricht sie drei Sektoren an, den politischen, den wirtschaftlichen und den kulturellen. Es kann als recht befriedigend erkannt werden, daß mit dem Wunsch nach Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik durch Errichtung von diplomatischen Vertretungen in direkter Verbindung von der Lösung der gesamtdeutschen Frage und der Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates gesprochen wird. Vielleicht soll diese unmittelbare Verbindung den möglichen Verdacht zerstreuen, daß in der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu beiden Teilstaaten ein völkerrechtliches Präjudiz für die Verewigung des Status quo geschaffen werden sollte. Unser Bestreben wird es sein müssen, diese Verbindung der Wünsche zu einer *conditio sine qua non* zu machen oder eine Form zu finden, die keine Mißdeutung zuläßt.

Mit ganz besonderer Aufmerksamkeit sollte aber auch der Wunsch nach wirtschaftlichem Austausch von uns beachtet werden. Tatsächlich wären wir in der Lage, einen großen Teil unseres wirtschaftlichen Warenaustausches mit der Sowjetunion einzusetzen, ohne daß das Gespenst einer gefährlichen Vergrößerung des sowjetischen Potentials an die Wand gemalt zu werden braucht. Diese Intensivierung des Güteraustausches ist von beiderseitigem Nutzen, und wie oft in der Geschichte kann die Integrierung der Wirtschaftsbeziehungen auch zu einer Entspannung der politischen Verhältnisse beitragen. Vielleicht bestände sogar die Möglichkeit, eventuelle Wirtschaftsvertretungen mit diplomatischen Aufgaben zu betrauen, um der Gefahr zu entgehen, selbständige Missionen für beide Teilstaaten zu errichten. (sk)

E. N. Shaffer, Bombay:

Staatssozialismus als Indiens wirtschaftliches Leitmotiv

In den Wahlkämpfen der unabhängigen Republik Indien hat während der vergangenen Jahre die Parole der Sozialisten und Kommunisten, daß der Nationalkongreß, der die zentrale Regierung in Delhi und die aller Staaten der Union bildet, nichts anderes als eine Partei der Kapitalisten sei, eine große (wenn auch, wie die Resultate gezeigt haben, keine ausschlaggebende) Rolle gespielt. Im November vorigen Jahres gab nun Premierminister Nehru, der damals noch Präsident der Kongreßpartei war, die Aufsehen erregende Erklärung ab, daß der zweite Fünfjahresplan, der jetzt für 1956 vorbereitet wird, im Zeichen der sozialistischen Ausrichtung stehen werde. Diese und eine Reihe ähnlicher Verlautbarungen sowie Reden auf der Kongreßtagung im Januar brachten zunächst Verwirrung in das sozialistische Lager. Die einen sind dort der Ansicht, Staatssozialismus sei die einzig richtige Lösung für Indien, und so wäre der Zeitpunkt für die soziali-

stische Partei gekommen, zum Kongreß, von dem sie sich nach Erlangen der staatlichen Selbständigkeit getrennt hatte, zurückzukehren. Andere, und sie sind offenbar in der Mehrheit, behaupten, wie es die Kommunisten auch tun: „Wir trauen solchen Versprechungen nicht, denn die Kapitalisten, die immer den Kongreß unterstützt haben, werden auch weiterhin in ihm dominieren.“ Die Kommunisten stellten dieses Argument in den Vordergrund ihrer Propaganda während des Wahlkampfes im Staate Andhra, in dessen politischem Leben sie seit seiner Gründung im Jahre 1951 einen zahlenmäßig starken Faktor bildeten, und es hat ihnen vor wenigen Wochen in Verbindung mit anderen Ursachen eine vernichtende Niederlage eingebracht. Jedoch nicht nur die politische Linke war durch Nehrus Ruf nach Staatssozialismus in Unruhe geraten — Handel und Industrie waren es nicht weniger. Um die gegenwärtige Situation und die Aussichten für die Zukunft

dieses Subkontinents mit seinen 370 Millionen Einwohnern und seiner rapide anschwellenden Geburtenziffer zu beurteilen, ist es wichtiger, die Lage nicht von politischen, sondern von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus zu betrachten. Politisch gesehen sei nur soviel gesagt, daß die Großindustriellen des Landes (wie die Tatas, die Birlas, die Textilmagnaten von Ahmedabad u. a.) den Kongreß, als Indien noch unter britischer Herrschaft stand, finanziell in reichlichem Maße unterstützt haben, als es galt, die Freiheit zu erlangen.

Der Staat behält sich nun nach den mehrfach gemachten offiziellen Äußerungen Nehrus und seiner Minister vor, alle neuen Unternehmen der Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie, des Schiff- und Flugzeugbaus sowie der Oligewinnung und -verarbeitung von jetzt an unter eigener Regie zu führen. Diese Einstellung wurde zum erstenmal in der Praxis evident, als es sich um ein Stahlwerk handelte, das der Birla-Konzern mit amerikanischem, englischem und indischem Kapital errichten wollte, wobei die Absicht bestand, dem Staat einen gewissen Anteil an den Aktien zu überlassen. Jedoch verweigerte die Regierung die Genehmigung, weil sie sich im Hinblick auf das frisch propagierte Leitmotiv des wirtschaftlichen Staatssozialismus nicht mit der Rolle eines Juniorpartners abfinden zu können glaubte. Das Birlasche Projekt wurde aber von ihr aufgenommen, nachdem das britische Kabinett den Handelsminister Low nach Delhi gesandt und sich bereit erklärt hatte, bestimmte Garantien bei der Finanzierung des Stahlwerkes zu übernehmen. Auch die beiden anderen Stahlwerke werden als staatliche Betriebe aufgezogen werden, wovon der eine in Gemeinschaft mit der deutschen Krupp-Demag-Gruppe, der andere gemäß eines Vertrages von den Sowjets errichtet werden soll.

Alle Fluglinien, die in privaten Händen waren, sind bereits verstaatlicht worden, einschließlich der Air-India International, die die Tatas zielsicher entwickelt hatten. Allerdings hatten diese Luftverkehrsgesellschaften laufend Subventionen der öffentlichen Hand erhalten. Dem jetzt tagenden Parlament wird die Gesetzesvorlage der Verstaatlichung der „Imperial Bank of India“, die ein Aktienunternehmen ist, vorgelegt werden. Sie soll die „State Bank of India“ werden mit der Aufgabe, den landwirtschaftlichen Kredit zu organisieren. Die Begründung für diesen Schritt lautet, daß die Privatbanken an diesem Geschäftszweig offenbar nicht interessiert sind, was zur Folge hatte, daß die Bauern sich gezwungen sahen, zum Geldverleiher zu gehen, der sie oft durch ungerechtfertigt hohe Zinsen ruinierte. Weitere Gesetzentwürfe, die zunächst von einem aus Ober- und Unterhausmitgliedern zusammengesetzten Ausschuss beraten werden, sehen vor, daß bei gewissen Enteignungsverfahren die von der Behörde festgesetzte Entschädigungssumme vor Gericht nicht angefochten werden kann und daß unter besonderen Umständen sogar entschädigungslos enteignet werden soll, wobei auch in diesem Fall den Betroffenen keine Möglichkeit gegeben sein wird, an Gerichte zu appellieren. Die Ursachen für diese verfassungsändernden Gesetze waren die folgenden: Ein größeres Unternehmen im Staate Bombay, die Sholapur Mills, waren von der Regierung

übernommen worden, weil Geschäftsführung und Aufsichtsrat zum Nachteil der Aktionäre eine Mißwirtschaft getrieben hatten. Der höchste Gerichtshof des Landes, der Supreme Court in Delhi, verurteilte die Regierung aus formal-juristischen Gründen zur Rückgabe des Betriebes. Im zweiten Fall handelt es sich um „abwesende“ Großgrundbesitzer, deren Land brach liegt. Hier will man den Grundbesitzern einen bestimmten Prozentsatz des Gebietes lassen, will aber die Möglichkeit haben, den übrigen Teil ohne Entschädigung in Staatsbesitz überzuleiten.

Nehru hat sich im Zusammenhang mit diesen Gesetzesvorlagen auch über das in Indien angelegte ausländische Kapital geäußert. Er würde es für „grundlegend falsch halten, ausländisches Eigentum zu beschlagnahmen, um Indien zu bereichern.“ „Gewiß, wir wollen eine sozialistische Ausrichtung“, sagte er, „aber der Vorschlag, durch Gewaltakte (der von radikalen Abgeordneten gemacht worden war) Ausländer zu enteignen, würde absolut unrichtig sein. Wenn ein Land anfängt, sich an fremdem Eigentum zu vergreifen, ist es in der ganzen Welt verfehmt.“ An anderer Stelle hat er darauf hingewiesen, daß der marxistische Sozialismus einstmals für Europa bestimmt gewesen sei, daß aber in dem heutigen Indien kein Platz für ihn sei. Die industrielle Revolution, zu der Amerika und Europa hundert Jahre gebraucht hätten, müßte Indien in viel kürzerer Zeit hinter sich bringen, und das sei nach seiner Ansicht nur in der Form des Staatssozialismus möglich, den er ideell und nicht dogmatisch auffaßt. Es wird von Nehru auch immer wieder betont, daß im kommenden Fünfjahresplan der private Sektor der Wirtschaft eine wichtige Rolle zu spielen haben wird, jedoch muß dieser sich des staatssozialistischen Leitmotivs stets bewußt sein. Diese Beruhigungsspielen haben aber keinen anhaltenden Erfolg gehabt. Denn schon meldet das Handelsministerium, daß es Gruppen von Technikern und Nationalökonomern, zunächst zwei und später mehr, entsenden wird, um eine Art Bestandsaufnahme der Textilindustrie vorzunehmen. Die Ingenieure werden zu untersuchen haben, inwieweit eine Modernisierung der maschinellen Anlagen erforderlich ist, und die Aufgabe der Nationalökonomern wird es sein, festzustellen, inwieweit die Industrie vom finanziellen Standpunkt aus in der Lage ist, sich selbst zu helfen. Ein anderer Ausschuss — bestehend aus höheren Beamten der interessierten Ministerien, technischen Fachleuten und Industriellen — soll herausfinden, in welcher Weise allgemein die Einfuhr von Maschinen und Ersatzteilen reduziert werden kann, um schließlich zu dem autarkischen Endziel der Unabhängigkeit von Einfuhren zu gelangen.

Doch fehlt es nicht an Stimmen, die sich gegen den sozialistischen „New Look“ der indischen Wirtschaftspolitik wenden. Sir H. P. Mody, ein früherer Gouverneur des Staates Uttar Pradesh und jetzt einer der maßgebenden Direktoren des Tata-Konzerns, kommt in einem Artikel in der Zeitung mit der größten Auflage im Lande, der „Times of India“, zu dem Schluß, daß es ein Unglück sein würde, wenn der „Staat zu groß und das Individuum zu klein“ werden würde. Demokratie würde, so meint er, in diesem Prozeß absterben.